

BV Koblenz: Wohin steuern die BBS?

Informationsveranstaltung mit dem Abteilungsleiter Walter Wahl vom MBWWK

(hk) Willi Detemple (re.), der Vorsitzende des Bezirksverbandes Koblenz, hatte den Leiter der Abteilung Berufsbildende Schulen im MBWWK, Walter Wahl, zu einer Veranstaltung nach Andernach eingeladen, um dort Informationen über die zu erwartenden Reformen an BBS zu erhalten.

Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen waren gekommen, um Walter Wahl, der vor seiner Berufung an das Ministerium als Schulleiter an der BBS Andernach tätig war, zuzuhören.

Gastgeber Rainer Finkenrath, der ständige Vertreter des Schulleiters an der BBS Andernach, freute sich, dass der vlbs die **August-Horch-Schule in Andernach** für diese interessante Veranstaltung ausgewählt hatte und äußerte die Hoffnung, dass Walter Wahl sich an seiner „alten Wirkungsstätte“ immer noch wohl fühle.

Auch die Referentin Monika Hahn und der Referent Hubertus Bialas von der ADD Außenstelle Koblenz konnten als Gäste der Veranstaltung begrüßt werden.

Willi Detemple nannte Walter Wahl „den Steuermann“, der den anwesenden Kolleginnen und Kollegen sagen könne, wie es vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Konkurrenz von IGS und Realschule plus mit den berufsbildenden Schulen weiter gehen solle.

Willi Detemple verwies darauf, dass die Schulstrukturreform an BBS nicht so ablaufen solle, wie z.B. an den berufsbildenden Schulen in Mainz, Bingen und Ingelheim, wo ganze Fachbereiche an einem Standort konzentriert werden sollen, obwohl in den Bereichen an mehreren Standorten



stabile Klassen gebildet werden konnten. Leider könne Vergleichbares auch im Schulaufsichtsbezirk Koblenz geschehen.

Walter Wahl freute sich, an seiner alten Wirkungsstätte zu sein, an der er 15 Jahre als Schulleiter tätig war. An dem ersten Treffen der **Expertenrunde** zu den Herausforderungen der Zukunft für die BBS habe er noch als Sprecher der Schulleiter der Region teilgenommen.

Die Expertenrunde hatte den Auftrag, „realitätsnahe“ Leitlinien zur Sicherung einer zukunftsfähigen, leistungsstarken berufsbildenden Schule in der nächsten Dekade zu entwickeln. Die Expertengruppe habe sich auf 12 Empfehlungen einigen können, die am 21. Januar 2014 Ministerin Doris Ahnen vorgelegt werden.

Leitlinie für die Expertengruppe war die **Klemm-Studie** vom Mai 2012 (vgl. vlbs-aktuell 2012-6 / 7, Titelseite), in der ein Schülerrückgang von ca. 60.000 Schülerinnen und Schülern bis zum Schuljahr 2016 / 2017 prognostiziert wird (an den BBS: Rückgang ca. 9000). Analog müsste der Lehrerbe-

darf im Land um ca. 3.800 Vollzeitlehrerstellen sinken. Das Ministerium wolle jedoch einen Teil der Stellen im System belassen, versicherte Walter Wahl.

Allerdings sei es für das Ministerium schwierig, wenn die berufsbildenden Schulen zusätzliche Stellen erhielten und der **Unterrichtsausfall** trotzdem nur unwesentlich reduziert werden könne, wie im letzten Schuljahr geschehen (50 zusätzliche Stellen – Unterrichtsausfall um 0,1 % reduziert).

Auch dieses Jahr werde es wieder 50 zusätzliche Stellen und im Schuljahr darauf sogar 57 zusätzliche Stellen geben. Damit sei aber auch die Erwartung verknüpft, dass beim Unterrichtsausfall an BBS eine fünf vor dem Komma stehen werde. [Anm. d. Red.: Dieses Ziel wurde mittlerweile erreicht.]

Erhebliche Probleme sieht Walter Wahl beim **Rückgang der Schüler-**

In dieser Ausgabe:

BV Koblenz: Wohin steuern die BBS?
Titelseite bis Seite 11

Ruth Ratter begrüßt die Fortsetzung
von EQU - Gespräch des vlbs mit
Bündnis 90 / Die Grünen
Seiten 11 und 12

Aktuelles zur Ausbildungssituation
Seite 12

IN KÜRZE
Pressemitteilung des vlbs zum Unterrichtsausfall an BBS in Rheinland-Pfalz
Seite 13

Ist die rheinland-pfälzische Anpassung der Beamtenbesoldung verfassungswidrig?
OV Neuwied: Neujahrsempfang und Ehrung
Seite 14



zahlen in der Berufsschule. Ein Drittel der Klassen in der Berufsschule habe weniger als 16 Schüler: „Da muss etwas passieren.“, sagte er und trug vor, dass die Expertengruppe vorschlage, dass es zunehmend eine regionale Steuerung bei der Bildung von Klassen und Lerngruppen in der Berufsschule geben soll.

Wenn zwei Jahre lang ein Beruf oder eine Berufsgruppe über drei Ausbildungsjahre verteilt weniger als 40 Schülerinnen und Schüler hat, müssen in einem Dialog mit allen an der dualen Berufsausbildung Beteiligten dauerhafte und demografiefeste Lösungen für die Beschulung der Auszubildenden in der Region entwickelt werden.

Die hohe Spezialisierung bei den Ausbildungsberufen verschärfe das Problem, so Walter Wahl, dies würde jedoch von den Sozialpartnern bestimmt. Die Anpassung der PauSE-Faktoren könne da nur begrenzt Abhilfe schaffen.

Beim **Berufsvorbereitungsjahr** gebe es bereits ein Drittel weniger Schüler, bei der **Berufsfachschule I** hätten sich in den letzten sieben Jahren die Schülerzahlen halbiert, berichtete Abteilungsleiter Wahl.

Bei den **Höheren Berufsfachschulen** und den **beruflichen Gymnasien** gebe es dagegen einen „enormen“ Anstieg der Schülerzahlen. Einen Zuwachs gab es auch bei den **Fachschulen**, insbesondere im Bereich Altenpflege.

„Wir wollen **Standorte erhalten**.“, sagte Walter Wahl. Die kleineren BBS-Standorte sollen grundsätzlich gestärkt werden, hier versicherte Wal-

ter Wahl seine ausdrückliche Unterstützung.

Im **zweiten Berufsschultag** sieht er eine Chance für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler, die das zusätzliche Unterrichtsangebot für den Abschluss der Fachhochschulreife nutzen können.

Dies könne auch die Kammern überzeugen, weil hierdurch leistungsstärkere Schüler für eine Ausbildung im dualen System gewonnen werden können.

Beim Ausbau der BBS zu Fort- und Weiterbildungszentren – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – gebe es dagegen Widerstand der Kammern.

Die höhere Berufsfachschule sei als Angebot eine Konkurrenz zu Ausbildungsplätzen und es gebe auch eine hohe Abbrecherquote, kritisierte Walter Wahl.

Widerspruch zu dieser Aussage kam von **Ulrich Brenken**. Keiner würde den allgemein bildenden Schulen sagen, dass sie einen Teil ihrer Schüler in Ausbildungen schicken sollten.

Bevor die erste höhere Berufsfachschule geschlossen werde, solle zunächst der Ausbau der Fachoberschulen gestoppt werden, forderte Ulrich Brenken. Bisher sei es so, dass zwei Drittel der Fachoberschul-Absolventen in Ausbildungsberufe gingen, da rede auch niemand von einer Verschwendung von zwei Jahren. Da müsse das gleiche Maß angelegt werden, argumentierte der Landesvorsitzende des vlbs.

Rainer Finkenrath ergänzte, dass die höhere Berufsfachschule in einigen Fachrichtungen die Schülerinnen und Schüler auf anspruchsvolle Ausbildungsberufe vorbereite, denen sie ansonsten nicht gewachsen wären. Auch Willi Detemple kritisierte, dass die BBS bei den höheren Berufsfachschulen zurückfahren und gleichzeitig Leute an die Fachoberschule abgeben solle.

Das **Koblenzer Modell** (siehe Infokasten) bewähre sich für die Gewinnung von Nachwuchs, sagte Walter Wahl. Dies könne auch auf weitere Fachrichtungen ausgedehnt werden.

Die **Inklusion** solle auch an BBS ausgebaut werden. Zunächst sollten allerdings Erfahrungen gesammelt und dann die Ressourcen festgelegt werden.

An den Schwerpunktschulen liege die Inklusionsquote derzeit bei ca. 23 %, angestrebt werde eine Quote von 40 % am Ende der Legislaturperiode. Bei den BBS werde langsam an das Thema Inklusion heran gegangen. Im Bereich des BVJ sei da ja schon einiges geschehen, es werde auf jeden Fall Ressourcen für Inklusion an BBS geben, versicherte Walter Wahl.

Die Förderschüler G (ganzheitliche Entwicklung) an BBS zu geben, um die Schulpflicht zu erfüllen, das müsse geprüft werden. Grundsätzlich sah Walter Wahl eine Chance darin, das BVJ ganztägig zu organisieren, sagte aber - auf Nachfrage von Ulrich Brenken - ehrlich, dass der Ganztagschulstatus für die berufsbildenden Schulen als Schulen der Sekundarstufe II nicht vorgesehen sei.

Der erfolgreiche **Schulversuch EQUL** (Transfer von Eigenverantwortung, Qualitätsmanagement und Lehr- und Lernkultur an berufsbildenden Schulen, vgl. vlbs-aktuell, 12-2009, Titelseite) werde fortgeführt und ausgeweitet. Angestrebt sei, dass zu den elf

Koblenzer Modell

(hk) Seit 2008 bieten die Universität Koblenz-Landau und die Hochschule Koblenz gemeinsam den lehramtsbezogenen Bachelor- und Masterstudiengang für berufsbildende Schulen an. In Kooperation mit der Hochschule Koblenz werden die beruflichen Fächer Bau-, Elektro-, Holz- und Metalltechnik angeboten.

Das Fach "Technische Informatik" wird am Campus Koblenz der Universität Koblenz-Landau angeboten. Seit einigen Jahren bildet zudem die Philosophisch-Theologische Hochschule in Vallendar (PTHV) für das Fach Pflege aus.



Willi Detemple, bedankte sich bei Walter Wahl, vormals Schulleiter an der August-Horch-Schule in Andernach, für den interessanten Vortrag über die zu erwartenden Veränderungen an den BBS in Rheinland-Pfalz mit einem Weinpräsent.

berufsbildenden Schulen, die bereits bei dem Schulversuch mitmachen, fünfzehn weitere Schulen in den nächsten zwei bis drei Jahren hinzukommen.

Allerdings gibt es für diese Erweiterung kein zusätzliches Geld, sondern die neu aufgenommenen BBS müssen

aus dem Etat der Abteilung 4A finanziert werden.

Fachpraxis-Lehrkräfte würden, da kein weiterer Bedarf besteht nicht mehr ausgebildet, so Walter Wahl.

Die, die bereits im Dienst sind, würden weiter beschäftigt, versicherte er, sie müssten allerdings auch Flexibili-

tät zeigen. Bei der Berufsfachschule I werde es weiterhin Bedarf für Fachpraxis-Lehrkräfte geben, auch in praxisnahen Lernfeldern der Berufsschule sei nach seiner Einschätzung ein Einsatz möglich.

„Wer bleiben will, dem sollte man eine Möglichkeit bieten, aber dies kann nicht immer vor Ort geschehen.“, kommentierte Walter Wahl die Entwicklung.

Bei der **Schullaufbahnberatung** zeichne sich ab, so Walter Wahl, dass die BBS das Recht haben werden, an allgemein bildenden Schulen über ihre Bildungsgänge zu informieren.

Willi Detemple bedankte sich für die interessanten und zukunftsweisenden Ausführungen mit einem Weinpräsent bei Walter Wahl.

Ein besonderes Dankeschön ging auch an Steffi Kölsch, die für den vlbs die Organisation vor Ort übernommen hatte.

Ruth Ratter begrüßt die Fortführung von EQuL

Gespräch des vlbs mit der bildungspolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

(Harry Wunschel) „Wir haben uns dafür eingesetzt, dass es an den EQuL-Schulen weiter gehen kann“, machte Ruth Ratter, bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen, in einem Gespräch mit vlbs-Vertretern deutlich.

Es würden auch im **Doppelhaushalt 2014/15** für **Modellversuche** an Schulen 2,3 Mio. EUR zur Verfügung stehen. Darüber hinaus würden alle Schulen zusätzlich ein jährliches freies Fortbildungsbudget von 1.500 EUR pro Schule erhalten, das gelte bei den BBS für alle, die nicht an EQuL teilnehmen. Diese Verteilung, völlig unabhängig von der Schulgröße, kritisiert der vlbs als Benachteiligung der BBS mit ihren durchweg großen Systemen.

Zum **Unterrichtsausfall** machte Ruth Ratter klar, dass man vor einem Blick auf die landesweite Statistik besser erst die einzelne Schule in den Blick nehmen sollte. Die Gründe für Unterrichtsausfall sind je nach Schule, Schulform und Region sehr verschie-

den und erfordern daher auch unterschiedliche Lösungen.

Dringenden Handlungsbedarf sieht der vlbs im **Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)**. Obwohl die Schülerzahlen in den letzten Jahren abgenommen haben, nehmen Auffälligkeiten - vor allem im sozial-emotionalen Bereich - immer weiter zu. Gewalttätigkeiten im Unterricht sind keine Seltenheit mehr.

Zudem sollen im Rahmen der **Inklusion** zusätzlich Jugendliche mit dem ganzheitlichem Förderbedarf in das BVJ integriert werden. Es ist sogar angedacht, die Werkstufe für beeinträchtigte Jugendliche an Schwerpunktschulen, die es bisher nur an den Förderschulen gibt, in den nächsten Jahren an den berufsbildenden Schulen anzubieten.

Scharf kritisiert der vlbs, dass beeinträchtigten Schülerinnen und Schülern im BVJ die persönlichen Hilfestellungen nahezu völlig verweigert werden, die sie an allgemeinbildenden Schulen erhalten.

Frau Ratter unterstützte die Position des vlbs insofern, als dass sie die Not-

wendigkeit einer professionellen Unterstützung für beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler gerade beim Übergang von allgemein bildender zu berufsbildender Schule betonte.

Sie verwies dabei auf die neu entstehenden **Förder- und Beratungszentren (FBZ)**, die für alle Schulpflichtigen zuständig seien. Der vlbs betonte, es sei schon aus den Förderschulen bekannt, dass trotz abnehmender Schülerzahl die Betreuungsintensität für die Jugendlichen zunehme.

„Gerade beim Thema **Schulsozialarbeit** müsste sich der Bund mehr bewegen“, betonte Ruth Ratter. Aus dem neuen Bildungspaket des Bundes soll Rheinland-Pfalz jährlich lediglich ca. 50 Mio. EUR erhalten.

Dies sei zu wenig, um alle Schulbereiche ausreichend auszustatten. Auch die Kommunen hätten keinen finanziellen Spielraum, um zusätzliche Integrationshelfer oder Schulsozialarbeiter zu bezahlen.

Der vlbs machte deutlich, wie wichtig die Einrichtung einer funktionierenden **Berufsfachschule** für Jugendli-



An dem Gespräch des vlbs mit Bündnis 90 / Die Grünen nahmen teil (v.l.n.r.): Harry Wunschel, Markus Penner, Ruth Ratter, Ulrich Brenken und Rainer Senck..

che mit besonderen Defiziten sei, auch wenn dies von den Kammern nicht immer so gesehen werde. Es gelte, im Rahmen einer gelingenden BF I eine betriebliche Nähe zu erzeugen, die den Eintritt in eine Ausbildung erleichtert.

Für Ruth Ratter ist die Berufsfachschule eine wichtige aber reformbedürftige Schulform. Die auszustellenden Zertifikate der BF I müssten zum Beispiel von den Betrieben verbindlich anerkannt werden. Zufrieden sei sie mit der Aufhebung der strikten Trennung von Theorie und Praxis in den unterschiedlichen Schulhalbjahren, denn eine Vernetzung und Verzahnung beider Ausbildungsformen sei dringend geboten.

Ruth Ratter unterstützt ausdrücklich das **Zusammenarbeiten von BBS und Realschule plus**. Interessant sei für sie ein Modell, das den Realschulen plus im Rahmen der Berufsorientierung die Werkstätten der BBS für Schülerpraktika öffne.

Den erneuten Vorschlag des vlbs, eine **Ganztagsbetreuung** für die Schülerinnen und Schüler in der Berufsfachschule und im BVJ zu ermöglichen, werde man in der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen zur Diskussion stellen. Der finanzielle Aufwand sei allerdings nicht „einfach mal im Vorübergehen“ zu schultern.

Zur seit 2009 geltenden Vereinbarung zur **Schullaufbahn-, Berufswahl- und Studienberatung** zeigte der vlbs auf, dass sich einige allgemeinbildenden

de Schulen gerade dem beruflichen Teil der Beratung verweigern; dabei kommen beispielsweise nicht wenige Abiturienten direkt in eine Berufsausbildung.

Die BBS-Lehrkräfte haben Anspruch darauf, angemessen bei allen Beratungen dabei zu sein, um das System der berufsbildenden Schulen auch den Eltern erklären zu können. Der vlbs sieht sonst die Gefahr, dass die ab Klasse 8 vorgesehene Berufsorientierung zu kurz kommt.

Ruth Ratter unterstützt die Einbindung der berufsbildenden Schulen in die Schullaufbahn-, Berufswahl- und Studienberatung. Sie plädiert für **Runde Tische der Städte und Landkreise**, an denen sich neben den Schulleitungen auch ein Querschnitt der Bevölkerung wiederfindet. Sie erinnerte ebenso an eine länderübergreifende Koope-

ration in der Oberrheinregion (Baden-Württemberg, Frankreich, Schweiz), wo man entsprechend der Muttersprache die Berufsschule und den Ausbildungsbetrieb im Ausland besuchen könne. Auch der Süden von Rheinland-Pfalz sei in die Maßnahme integriert.

Weiter beklagte der vlbs die Umsetzung der **regionalen Schulstrukturreform** im Raum Bingen-Ingelheim-Mainz. Es sollen dabei u.a. an mehreren BBS-Standorten seit Jahren und Jahrzehnten mehrzünftig stabil laufende Fachbereiche an einem Standort zusammen gelegt werden, obwohl die Ausbildungsbetriebe weiter vor Ort bleiben. Begründet wird dies mit den zu klein werdenden berufsbildenden Schulen in Bingen und Ingelheim.

Dabei vergesse man, dass dies den Oberstufen anderer Schularten der Sekundarstufe II nicht zugemutet werde. Zudem hätten gerade die gleichen Kommunen in der dortigen Region acht Fachoberschulen beantragt, von denen fünf genehmigt wurden, was bis zu 500 Schülerinnen und Schüler von den berufsbildenden Schulen weg verschiebt.

Frau Ratter hielt es zwar für sinnvoll, einen regionalen Ausgleich zwischen der Stadt Mainz und dem Umland zu schaffen und eine gemeinsame regionale Schulentwicklungsplanung vorzunehmen. Jedoch sollten neben den Betriebskosten der Schulen auch die Fahrtkosten und zusätzliche Umweltbelastungen gegengerechnet werden: „Es macht keinen Sinn, Fahrwege für hunderte von Jugendlichen um etwa 30% zu erhöhen und pro Schultag 70 km mit dem Bus über stautrchtige Straßen zu schicken.“

Aktuelles zur Ausbildungssituation

(Rainer Senck) Nach Aussage des Sprechers der rheinland-pfälzischen Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern, Ralf Hellrich, blieben im Jahr 2013 in Rheinland-Pfalz rund 2800 Lehrstellen unbesetzt. (Quelle: FDP Pressestelle, 02.01.2014). Im Jahr 2012 wurden 24,4 % aller Ausbildungsverträge im Einzelhandel vorzeitig aufgelöst. Diese Zahlen nennt die Bundesregierung in ihrer Antwort (Drucksache 18/62) auf eine Kleine Anfrage. Mit 50,4 % ist demnach die Auflösungsquote bei den Tankwarten am größten, gefolgt von Fachverkäuferinnen im Lebensmittelhandwerk (41 %), den Floristen (37,4 %) und den Verkäufern (32,2 %). Ausbildungsverträge im Buchhandel wurden dagegen relativ selten vorzeitig gelöst (16,9 %). (PR-Info 01/2014).

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) bietet eine interessante **Auswahlbibliographie** „Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen“ im Internet an (<http://vlbs.org/w>).

IN KÜRZE

(Rainer Senck) Nach Zeitungsmeldungen rechnet der Deutsche Beamtenbund (dbb) in den nächsten 15 Jahren im öffentlichen Dienst mit einer Lücke von rund 600.000 Stellen, die wegen **fehlender Bewerbungen** bei Pensionierungen nicht nachbesetzt werden können. Weitere 100.000 Bewerber fehlten bereits jetzt. Die öffentlichen Arbeitgeber würden der Entwicklung leider nur zuschauen. Der dbb will, dass Schüler und Lehrer mit gedruckten Informationsblättern, Unterrichtsmaterialien und einer Website über Berufe im Öffentlichen Dienst informiert werden. (PR-Info 01/2014)

Reisekostenerstattung: Viele Lehrer müssen bei Klassenfahrten „draufzahlen“. Herolé Reisen hat alle Informationen zum Thema Reisekostenerstattung für Lehrer und einen Überblick über die Budgets in den 16 Bundesländern in einer PDF zusammengefasst: <http://vlbs.org/s/teachernews10.01.2014>)

Dienstleistungen von Beamten für Versicherungen: Die Bundesregierung hat zu dem Thema mitgeteilt, dass Beamte, die als "Vertrauensmitarbeiter" oder Tippgeber für Versicherungen aktiv werden, sich diese **Nebentätigkeit vorher genehmigen lassen** müssen. Zudem unterliegen die Beamten bei ihrer Nebentätigkeit der Verschwiegenheitspflicht. Dies schließe die Nutzung dienstlich bekannt gewordener, personenbezogener Informationen für die Vermittlungstätigkeit aus. Die Argumentation der Debeka, sie sei eine "offiziell anerkannte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung", weshalb eine Mitgliederwerbung durch Beamte unbedenklich sei, wies die Bundesregierung zurück. "Eine staatliche oder behördliche Anerkennung als Selbsthilfeeinrichtung der Bundesbeamten gibt es nicht." (PR-Info 01/2014)

Die Kollegin von der Grund- und Hauptschule, die an einer Realschule plus unterrichtet und mit ihrer **Forderung nach höherer Bezahlung** vor dem Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz gescheitert ist, hat Revision eingelegt und zieht nun vor das Bundesverwaltungsgericht. (Rheinpfalz 07.01.2014)

Pressemitteilung zum Unterrichtsausfall an berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz

(vlbs Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit) Das Land verpasst die Chance, den Unterrichtsausfall an berufsbildenden Schulen weiter zu senken.

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (vlbs) kritisiert das Land Rheinland-Pfalz, dass der Rückgang der Schülerzahlen nicht dazu genutzt wurde, den Unterrichtsausfall deutlicher zu senken.

Durch den Rückgang pflichtbedingt zu erteilender Unterrichtsstunden über ein Schuljahr hinweg wäre ein Absenken des Unterrichtsausfalls auf 4,5 % möglich gewesen ohne eine zusätzliche Stelle im Landshaushalt schaffen zu müssen.

Tatsächlich liegt der Unterrichtsausfall mit 5,5 % deutlich höher. "Der politisch propagierte Erfolg eines leicht geringeren strukturellen Unterrichtsausfalls muss also real von Schülern und Lehrkräften mit erwirtschaftet werden.

Und das Land zementiert den deutlich höheren Unterrichtsausfall an berufsbildenden Schulen im Vergleich zu den allgemein bildenden Schulen" so der vlbs-Vorsitzende Ulrich Brenken.

Noch schlimmer sieht es aus, wenn man die letzten zwei Schuljahre betrachtet. Wären die erteilten Unterrichtsstunden über die letzten zwei Jahre konstant gehalten worden, wäre allein durch den Rückgang der Schülerzahlen der Unterrichtsausfall heute nur noch bei 3,7 %.

Nicht einmal ein Drittel der durch den Rückgang der Schülerzahlen frei werdenden Unterrichtsstunden wurde zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung genutzt.

„Damit widerspricht das Land seinen selbst gesteckten Zielen und verpasst darüber hinaus eine historische Chance, die Unterrichtsversorgung im Pflichtbereich innerhalb von wenigen Jahren durch den Rückgang der Schülerzahlen auf nahezu 100 % anzuheben“ bemängelt Ulrich Brenken.

Planmäßig fällt in zwei der für die Statistik betrachteten 68 berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz sogar mehr als jede zehnte Unterrichtsstunde aus.

So liegt der Unterrichtsausfall an der BBS in Mayen bei 11,2 % und an der BBS Wirtschaft 2 in Ludwigshafen gar bei 11,6 %. Dazu muss der temporäre Unterrichtsausfall - z. B. durch Fortbildung oder die Krankheit einer Lehrkraft - hinzugerechnet werden.

„Bei solch hohen Ausfallzahlen muss man von einer Gefährdung der hohen Ausbildungsqualität in der Berufsschule sprechen“ erklärt Ulrich Brenken.

Besonders bedenklich stimmt den vlbs parallel dazu der deutliche Rückgang der Zahl der Schülerinnen und Schüler in der dualen Ausbildung.

So ist trotz anziehender Konjunktur und Zunahme der Beschäftigtenzahl in den letzten beiden Jahren die Zahl der Berufsschüler in dualer Ausbildung von über 74.000 auf unter 70.000 um mehr als 5% gesunken.

Hier sind die Betriebe gefordert, mehr Ausbildungsplätze zu besetzen, aber auch das Land, um bei Schülern und Eltern weniger das Studium sondern stärker die Attraktivität einer Karriere über die Berufsausbildung in den Mittelpunkt zu rücken.

„Ohne die notwendigen Facharbeiter wird unser Land eine wirtschaftliche Spitzenposition nicht halten können“, stellt Ulrich Brenken abschließend klar.



Ist die rheinland-pfälzische Anpassung der Beamtenbesoldung verfassungswidrig?

(hk) Der dbb hat vielfach gegen die Festlegung der Besoldungsanpassung auf nur 1 % für fünf Jahre protestiert. Mitglieder des vlbs hatten auch an Demonstrationen teilgenommen, die jedoch nicht verhindern konnten, dass das Besoldungsgesetz in Kraft trat. Mittlerweile sind mehrere Verfahren vor dem Verwaltungsgericht anhängig und eine erste Entscheidung liegt vor.

Das Verwaltungsgericht Koblenz hat im Januar 2014 seinen Beschluss veröffentlicht (AZ: 6 K 445/13.KO), dass das Bundesverfassungsgericht klären soll, inwie-

weit das rheinland-pfälzische Besoldungsgesetz mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Das Besoldungsgesetz sieht für 2012 bis 2016 eine Anpassung der Beamtenbesoldung von 1 % vor. Dies verstoße gegen die verfassungsrechtliche Verpflichtung des Dienstherrn, die Beamtinnen und Beamten amtsangemessen zu alimentieren, so das Gericht. Die amtsangemessene Alimentation (Art. 33, Abs. 5 Grundgesetz) solle gewährleisten, dass die Beamtinnen in rechtlicher und wirtschaftlicher Unabhängigkeit leben, um so eine stabile, gesetzes-treue Verwaltung zu sichern.

Der öffentliche Dienst müsse deshalb Konditionen bieten, die insgesamt mit denen der freien Wirtschaft vergleichbar seien.

Beim Vergleich der Einkommen der Beamtinnen und Beamten mit der Entwicklung der Einkommen vergleichbarer Beschäftigter außerhalb des öffentlichen Dienstes seit dem Jahr 1983 ergebe sich jedoch, dass die Beamtenbesoldung um mindestens 17,8 Prozent zurückliege. Damit sei die Beamtenbesoldung von der allgemeinen Entwicklung der Einkommen deutlich abgekoppelt und nicht mehr amtsangemessen, stellte das Gericht fest.

OV Neuwied: Neujahrsempfang und Ehrung



Der vlbs-Nachwuchs ist gesichert! (v.l.n.r.): Die Jubilare Eckhard Pusch, Hans-Werner Kambeck, Winfried Dietz, Hans Muscheid, Manfred Hein und Dieter Rügge mit Sonja Hein und dem vlbs-Nachwuchs Theresa Maria Hein auf dem Arm und Liv-Madleen Koschinat an der Hand.

(Kyra Koschinat) Am 05. Januar 2014 lud der Ortsverband Neuwied seine Mitglieder zum nunmehr vierten Neujahrbrunch ins Atrium Neuwied-Niederbieber ein.

Über 40 Gäste erfreuten sich an kulinarischen Genüssen und an dem zwanglosen Austausch der letzten Neuigkeiten in einem schönen Ambiente.

Auch in diesem Jahr nutzte die Vorsitzende Kyra Koschinat den Neujahrsempfang, um Mitglieder für ihre langjährige Verbandstreue auszuzeichnen.

So ehrte sie Winfried Dietz mit der silbernen Verbandsnadel für seine dreißigjährige vlbs-Zugehörigkeit und dankte ihm für seine langjährige aktive Tätigkeit als Kassenwart beim OV-Neuwied.

Burghard Feil beging ebenfalls sein dreißigjähriges Verbandsjubiläum und wurde in Abwesenheit mit der silbernen Verbandsnadel geehrt.

Mit der goldenen Ehrennadel für die fünfunddreißigjährige Verbandstreue wurden Hans-Werner Kambeck, Eckhard Pusch, Dieter Rügge, und in Abwesenheit Wolfgang Schmitz ausgezeichnet.

Manfred Hein wurde für seine vierzigjährige Verbandstreue mit der goldenen Ehrennadel bedacht. Seine Tochter Sonja Hein wurde zur Geburt ihrer Tochter Theresa Maria beglückwünscht.

Ernst Hecktor wurde in Abwesenheit ebenfalls zu seinem vierzigjährigen Verbandsjubiläum beglückwünscht.

Besonders ausgezeichnet wurde Hans Muscheid für seine fünfundvierzigjährige Treue zum vlbs. Auch er wurde mit der goldenen Verbandsnadel geehrt.

vlbs-aktuell

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz (vlbs) im DBB, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-612450, Fax 06131-616705. Webseite: www.vlbs.org

Vorsitzender: Ulrich Brenken, Rheingauer Straße 8, 55122 Mainz, Telefon 06131-41818, Fax 06131-41817, Ulrich.Brenken@vlbs.org.

Schriftleitung und Layout: Hildegard Küper, Albertstraße 27, 67655 Kaiserslautern, Telefon 0631/8905 9925, Hildegard.Kueper@vlbs.org.

Redaktionsschluss ist am 15. eines jeden Monats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. – Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe zulässig. – Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Druck: johnen-druck, In der Bornwiese, 54470 Bernkastel-Kues.

vlbs-aktuell erscheint einmal im Monat. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.